



EVANGELISCHES BÜRO HESSEN
AM SITZ DER LANDESREGIERUNG

Mosbacher Straße 20
65187 Wiesbaden

Telefon: 06 11 / 53 16 46 0

Telefax: 06 11 / 53 16 46 20

E-Mail: mail@ev-buero-wiesbaden.de

Homepage: www.evangelisches-buero-hessen.de

Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag

und ihre kirchlich und diakonisch
relevanten Themen (in Auswahl)

- Kirche und Ehrenamt
 - Wertebasis, Menschenrechte, Extremismus
 - Internationale Kooperation, Israel
 - Entwicklungszusammenarbeit und Frieden
 - Flucht und Migration
 - Bewahrung der Schöpfung
 - Kinder und Familien
 - Tarifpartnerschaften und soziale Sicherheit
 - Rente
 - Vermögensteilhabe und bezahlbarer Wohnraum
 - Pflege
 - Gleichstellung und Generationengerechtigkeit
-

KIRCHE UND EHRENAMT

CDU/CSU

Religion leistet einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen. Entsprechend Bekenntnis zum Religionsverfassungsrecht und Kooperationsmodell.

- Bekenntnis zur Freiheit der Kirchen, als starke Stimme in die Gesellschaft hineinzuwirken.
- Bekenntnis zum Schutz der christlichen Feiertage und der Sonntagsruhe.
- Bekenntnis zum Religionsunterricht.
- Förderung von Ehrenamt durch Informationen, Förderung und ggf. finanzielle Anreize.
- Imame sollen in Deutschland und in deutscher Sprache ausgebildet werden.

AFD

Die AfD sieht die deutsche Gesellschaft insb. durch den Islam bedroht:

- Bekenntnis zur Glaubens- und Gewissensfreiheit. (S. 82)
- Grundsatzkritik am Islam. (S. 82-85)
- Kein islamischer Religionsunterricht ohne kirchenähnliche Struktur. (S. 150)
- Abschaffung der Kirchenasyl-Vereinbarung. (S. 94)

Wiedereinsetzung der Wehr- oder Dienstpflicht. (S. 66)

LINKE

Die Linke steht für ein laizistisches Staats-System, bekennt sich aber zur Religionsfreiheit:

- Ende des kirchlichen Arbeitsrechts. (S. 130)
- Abschaffung der Militärseelsorge. (S. 130)
- Selbstständiges Einziehen der Kirchensteuer durch die Kirchen, Abschaffung der Staatsleistungen. (S. 130)
- Kein Verbot religiöser Kleidung. (S. 130)
- Gleichstellung der Gemeinschaften. (S. 131)
- „Eine (automatische) Mitgliedschaft von Kindern in Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften der Eltern lehnen wir ab.“

SPD

Das Engagement der Religionsgemeinschaften und Kirchen wird begrüßt, ebenso wie bei säkularer Initiativen.

- Der Dialog von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen soll gefördert werden.
- Bekenntnis zur Religionsfreiheit. (S. 46)
- Ehrenamt soll gefördert werden. (S. 47)
- Das kirchliche Arbeitsrecht soll an das allgemeine Arbeits- und Tarifrecht angeglichen werden. (S. 28)

FDP

Die FDP legt Wert auf das religionsunabhängige Grundgesetz. (S. 78)

- Umbau des Staatskirchenrechts zu einem Religionsverfassungsrecht.
- Ablösung der Staatsleistungen.
- Abschaffung von Tanzverboten und Privilegien im Arbeitsrecht.
- (Alles: 53)
- Erhöhung der Pauschalen im Ehrenamt, Verbesserung der Sportförderung (53f.)
- Stärkere Einbindung liberaler Muslime; Imam-Ausbildung in Deutschland. (S. 53)

GRÜNE

Bei Wertschätzung für die Kirche sollen die Verhältnisse dennoch modernisiert werden:

- Reform des kirchlichen Arbeitsrechts inkl. Geltung des Gleichbehandlungsgesetzes.
- Ablösung der Staatskirchenleistungen.
- Abschaffung §166 StGB. (Alle: 174f.)
- Weiterentwicklung der Deutschen Stiftung Ehrenamt zu einer Förderstiftung. (S. 182)
- Angleichung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale. (S. 182)
- Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften. (S. 172)

INTERNATIONALE KOOPERATION, ISRAEL

CDU/CSU

Die internationale Werte- und Regelbasierte Ordnung soll gestärkt werden (S. 6-7)

- Die EU soll gestärkt werden, bspw. durch den European Green Deal und Kooperation in der Sicherheit. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen beendet werden. (S. 17-25)
- Die Handlungsfähigkeit der UN soll gestärkt werden (S. 8). Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen der UN. (S. 13)
- Klares Bekenntnis zur NATO und dem 2%-Ziel, um Russland und China zu begegnen. (S. 9-11)
- Sicherheit Israels deutsche Staatsräson. (S. 10)

AFD

Oft Abkehr von internationalen Verträgen z.B. vom Genfer Flüchtlingsabkommen (S. 89)

- Rückbau der EU zu einem Staatenbund, Austritt aus dem Euro. (S. 26f; 48)
- NATO als reines Verteidigungsbündnis, v.a. aber Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands. (S. 62-64)
- Jüdisches Leben in Deutschland soll vor jüden- und israelfeindlichen Muslimen geschützt werden. (S. 82-83)
Keine Aussage zum Staat Israel.

LINKE

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit:

- EU als solidarisches Gemeinwesen, in dem Umverteilung stattfindet. Dazu soll das System demokratisiert werden. Ablehnung einer europäischen Armee. (S. 147-149)
- Stärkung und Demokratisierung der UN, auch mit Blick auf Russland, China und den globalen Süden. Auflösung exklusiver Gruppen, z.B. der G7. (S. 144f.)
- Ablehnung des NATO-2%-Ziels und Auflösung der NATO. (S. 137)
- Zwei-Staaten-Lösung nach 1967. (S. 145).

SPD

Internationale Kooperation soll wachsen:

- Die EU soll zur modernsten Demokratie der Welt werden, inkl. Vorreiterrolle beim Klimaschutz und einem eigenen Sozialminister. Zudem soll es einen Sonderfonds für Demokratie und Rechtstaatlichkeit geben. (S. 6, 56-58)
- Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen der UN. (S. 55)
- Bekenntnis zur NATO, aber nicht zum 2%-Ziel. (S. 63)
- Sicherheit Israels deutsche Staatsräson. (S. 10)

FDP

Stärkung des Multilateralen Ansatzes. (S. 67-68)

- Klares Bekenntnis zu EU, die eine eigene Verfassung, Armee und Außenpolitik bekommen soll. Die Verhandlungen mit der Türkei sollen enden und ein klarer Rechtsstaatsmechanismus entstehen. (S. 66-67)
- Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen der UN (S. 74)
- Klares Bekenntnis zur NATO. (S. 69)
- Stellung gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, Fokus auf Zwei-Staaten-Lösung (S. 51f; 70f.)

GRÜNE

Stärkere Aufstellung Deutschlands in internationalen Organisationen. (S. 219)

- Weiterentwicklung der EU zu Größe mit eigener Außenpolitik, sozialen und ökologischen Standards. (S. 113, 254) Einführung des Mehrheitsprinzips. (S. 213)
- Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen, dem Pariser Abkommen und der rechthebasierten internationalen Ordnung. (S. 217)
- Bekenntnis zur NATO bei Ablehnung von 2%-Ziel und Erstschlagsrecht (S. 250, 253f.)
- Sicherheit Israels deutsche Staatsräson. (S. 10)

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND FRIEDEN

CDU/CSU

Die Welt soll gerechter und sicherer werden:

- Einhaltung des 0,7%-Ziels bei Koordination der Entwicklungszusammenarbeit mit EU, Kirchen, NGOs sowie Global Playern wie China. „Marshall-Plan“ für Afrika. (S. 14)
- Einsatz für fairen und freien Welthandel. (S. 7)
- Ächtung von Massenvernichtungswaffen und autonomen Waffensystemen. (S. 9)
- Die Bundeswehr soll bis 2030 10% der NATO-Fähigkeit stellen und dafür alle Ausrüstung erhalten, die nötig ist. (S. 9-12)
- Soldaten sollen sichtbar sein. (S. 12)

AFD

Entwicklungspolitik soll deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen dienen. (S. 66)

- 51%-Eigenbeteiligung der Zielländer. (S. 67)
- Erweiterung der Kontrollmechanismen nuklearer und konventioneller Rüstung, Neuverhandlung ausgesetzter Verträge. (S. 61)
- Gespräche in der Rüstungskontrolle mit Russland (S. 62-63)

LINKE

Entwicklung der Entwicklungszusammenarbeit zu einer zivilen Friedensförderung. (S. 138)

- Ausschließlich öffentliche Hilfen (S. 142)
- Ablehnung von Freihandel. (S. 140)
- Perspektivisch: Keine Rüstungsexporte.
- Ablehnung von Drohnen als Kriegswaffen
- Unterzeichnung des Anti-Atom-Vertrags
- Bundeswehr als strikte Verteidigungsarmee
- Ende der Auslandseinsätze (Alle S. 134-138)

SPD

Festhalten am 0,7%-Ziel, Verwendung von mind. 0,2% für die ärmsten Entwicklungsländer (S. 62)

- Lieferketten- und Rückverfolgungsgesetz einführen. (S. 61)
- Abrüstung als Fokus des internationalen Handelns durch einen friedenspolitischen Kontrollmechanismus (S. 62)
- Ablehnung bewaffneter Drohnen, nuklearer und autonomer Waffensysteme. (S. 63)
- Rüstungsausfuhr soll außerhalb von EU und NATO weiter eingeschränkt werden. (S. 63-64)

FDP

Werteorientierte Entwicklungspolitik zugunsten von Demokratie, guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft. (S. 74)

- Prüfung von Verträgen bei Menschenrechtsverstößen. (S. 73)
- EU- Marktzugangs für Afrika. (S. 76)
- Förderung des Freihandels zu einem transatlantischen Wirtschaftsraum. (S. 9)
- Modernisierung der Waffensysteme bei europäischer Rüstungskontrolle. (S. 69)

GRÜNE

Fairer Handel als Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit. (S. 82)

- Erreichen des 0,7%-Ziels bis 2025, zusätzlich 10 Milliarden für Klimaschutz (S. 221)
- Bekenntnis zur afrikanischen Freihandelszone (S. 233)
- Gemeinsame internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung (S. 227, 249)
- Reduktion der europäischen durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz (S. 250)

FLUCHT UND MIGRATION I: ZUR AKTUELLEN SITUATION

CDU/CSU

Grundanliegen: Reduktion der nach Europa Flüchtenden, ohne dass Schutzbedürftige abgelehnt werden.

- Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention.
- Schaffung sicherer Herkunftsstaaten, z.T. in Zukunft ohne Bundesrat.
- Keine Ausweitung des Familiennachzugs.
- Abschiebebegewahrsam an Flughäfen.
- Strafbarkeit von Falschangaben beim BAMF.
- Auswertung von Datenträgern. (Alles S. 25-27)

SPD

Ziel ist eine Reform hin zu einem solidarischen Verteilungsmechanismus in der EU. (S. 58)

- Umsetzung des Paktes für Migration. (S. 62)
- Ausweitung des Familiennachzugs. (S. 45)
- Abschaffung von Arbeitsverboten (S. 45)

AFD

Hauptanliegen des Programms ist die Reduktion von Flüchtlingen in Europa. Das aktuelle System soll durch ein Zuwanderungssystem nach dem Vorbild Australiens ersetzt werden. (S. 90, 96)

- Harte Ahndung von Falschangaben. (S. 90)
- Die Zahl sicherer Herkunftsstaaten soll erweitert werden. (S. 91)
- Verschärfungen: Aufenthaltsverlust nach Heimatreisen; Niederlassung nach 10 Jahren; Keine Arbeitserlaubnis; Fit-to-Return-Trainings für Ausreisepflichtige; Abschiebungsoffensive (S. 90-92)

FDP

Einwanderung soll durch ein Punktesystem insgesamt neu geregelt und von Flucht unterschieden werden.

- Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme auf die Zeit der Krise in der Heimat.
- Verbindliche Verteilung in EU-Staaten. (Alles S. 76-77)

LINKE

Die Überwindung globaler Ungerechtigkeit ist Maßgabe der linken Flüchtlingspolitik:

- Deutliche Erweiterung des Familiennachzugs.
- Insgesamt Ausweitung des Asylrechts auf Arbeits-, Klima- und Umweltflüchtlinge.
- Abschaffung des Dublin-Systems.
- Einführung einer Europäischen Fluchtlage (Alle: S. 116)

GRÜNE

Der Fokus des Programms liegt auf den strukturellen Gründen von Flucht, die bspw. in unserem Konsum liegen. (S. 243)

- Aufhebung der Einschränkungen im Familiennachzug. (S. 239)
- Schaffung sicherer Zugangswege sowie Stärkung des Resettlement-Programms der UNHCR. (S. 240)
- Aufnahme- und Transitländer sollen durch Deutschland und EU finanziell gestützt werden. (S. 243)

FLUCHT UND MIGRATION II: FLUCHTURSACHEN, GRENZSCHUTZ UND AUFNAHME

CDU/CSU

Grundanliegen ist die Verbesserung der Versorgung vor Ort bei Schutz der EU-Grenzen:

- Perspektiven im Mittelmeerraum durch Cash-for-Work-Programm und Unterstützung im Anti-Terror-Kampf. (S. 10)
- Rücknahmeabkommen schaffen. (S. 14)
- Schutz der Außengrenzen durch Ausbau von FRONTEX und EURPOPOL. (S. 25)
- Gemeinsames Asylrecht der EU mit Zentren an den Außengrenzen (S. 27)
- Knüpfung des Bleiberechts an Integrationsvoraussetzungen geknüpft werden. (S. 26)

AFD

Die Migrationsprobleme können nicht durch Migration gelöst werden (S. 88):

- Ein Teil der Gelder, die jetzt für die Versorgung verwendet wird, soll in den Herkunftsländern eingesetzt werden. (S. 95)
- Abschaffung pauschaler Aufnahmekontingente und Rücknahme gemeinsamer EU-Systeme. (S. 90)
- Grenzschutz als selbstverständliches Recht von Staaten, das aktiv genutzt werden soll. FRONTEX und nationale Grenzsicherung soll dabei parallel funktionieren. (S. 90)

LINKE

Die LINKE fordert das Ende der Abschottung Europas und offenen Zugang in die EU. (S. 115)

- Umfassende Visa-Liberalisierung durch die Europäische Union. (S. 116)
- Schaffung eines staatlichen Seenotrettingsprogramms und legaler Einreisemöglichkeiten. (S. 115)
- Freiheit der Kommunen zur Aufnahme von Flüchtlingen. (S. 116)
- Abschaffung von Frontex und der Idee des europäischen und nationalen Grenzschutzes (S. 115)

SPD

Grundanliegen ist ein solidarisches und humanitäres Programm der Zukunft:

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und Kommunen, die Aufnahme ermöglichen wollen. (S. 58)
- Seenotrettung durch die EU. (S. 58)
- Schaffung legaler Migrationswege, an deren Ende eine solidarische Verteilung innerhalb der EU steht. (S. 58)

FDP

Das Asylsystem soll auf tatsächlich Asyl-Berechtigte begrenzt bleiben, wenn Migration insgesamt neu organisiert, wurde:

- Asylanträge sollen in Botschaften von EU-Staaten ermöglicht und durchgeführt werden. (S. 76-77)
- Frontex soll zur Behörde für Grenzschutz und Seenotrettung ausgebaut werden, die 10.000 Beamtinnen und Beamte umfasst. (S. 77)

GRÜNE

Grenzschutz soll in Zukunft humanitär geregelt werden, bleibt aber weiter intakt:

- Bekenntnis zur Kontrolle der Außengrenzen bei Einhaltung der Menschenrechte. (S. 242)
- Enge parlamentarische Kontrolle von Frontex bei einer Abkehr von Pushback-Strategien. (S. 242)
- Freiwillige Aufnahmen über Kontingente hinaus durch Bundesländer und Kommunen sollen zugelassen werden (S. 241)

BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG I: KLIMASCHUTZ

CDU/CSU

Zur „Bewahrung der Schöpfung“ (Klimaziele und Artenschutz) wird ein Dreiklang vorgeschlagen: Internationale Zusammenarbeit, Schutz von CO₂-Speichern (Wäldern) und Innovation. (S. 15-16)

- Bekenntnis zum Pariser Abkommen. (S. 13)
- Europäischer Green Deal. (S. 20)
- Wirtschaftlich erfolgreiche Klimaneutralität bis 2045 durch Emissionshandel, CO₂-Preis und Innovation. Als Ausgleich entfällt die EEG-Umlage. (S. 40-43)
- Bewahrung von Wald, See und anderen schützenswerten Gebieten (S. 132)

AFD

Der Fokus liegt auf den Folgen des natürlichen Klimawandels. Entsprechend werden Dekarbonisierungsmaßnahmen abgelehnt. (S. 173)

- Austritt aus allen Klimaschutzbündnissen.
- Ablehnung der CO₂-Besteuerung. (S. 173)
- Nein zum „Green Deal“ der EU. (S. 175)
- Ersatzlose Streichung der EEG-Umlage. (S. 175)

LINKE

Zur Bewältigung der Krise sollen öffentliche Investitionen geschaffen werden:

- Sozialökologisches Investitionsprogramm, um die erneuerbare Energieproduktion mit 100.000 Arbeitsplätzen zu stützen. (S. 57)
- Ausbau des ÖPNV zu einem kostenlosen Angebot für alle. (S. 62-66)
- Klimaneutralität bis 2040 durch Entmachtung der Energiekonzerne und Strompreiskontrolle. (S. 67-71)

SPD

Zukunftspakt auf allen politischen Ebenen: Förderung klimaneutraler Technologien beim Abbau klimaschädlicher Subventionen.

- Bekenntnis zum Pariser Abkommen und 1,5-Grad Ziel, Klimaneutralität bis 2045.
- Stromproduktion bis 2040 erneuerbar durch Solarpflicht im öffentlichen und Förderung im Privatbereich.
- Strukturhilfe für betroffene Regionen.
- Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025 für Steigerung der CO₂-Bepreisung. (Alles S. 8-10)

FDP

Ziel: Kosteneffizientes, sicheres und vernetztes europäisches Gesamtsystem „Energieversorgung“.

- EEG-Umlage soll abgeschafft bzw. durch den CO₂-Preis ersetzt werden.
- Es sollen keine Ausbaupfade gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Der Fokus soll auf dem Wasserstoffausbau liegen („europäische Wasserstoffunion“).
- Der Ausbau soll insb. durch marktwirtschaftliche Methoden erreicht werden. (Alles: S. 79-81)

GRÜNE

Das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel sollen Basis der Regierungsarbeit sein. Das bedeutet eine Anhebung des Klimaziels auf 70% bis 2030 und 100% ab 2035. (S. 12, 19)

- Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro ab 2035 bei Rückerstattung pro Kopf. (S. 20)
- CO₂-Bremse für alle Gesetze. (S. 20)
- Ausbauoffensive für Wind- und Solarenergie, Kohleausstieg bis 2030 (S. 18, 21f.)
- Nationale Wasserstoffstrategie. (S. 24-25)
- Auslaufen der EEG-Umlage durch Überführung in ein Fördermodell. (S. 26)

BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG II: ENERGIEEFFIZIENZ UND MOBILITÄT

CDU/CSU

Einsparungen sollen hier insb. durch Innovationen erreicht werden:

- Förderung Immobiliensanierung, auch durch schnellere Abschreibungen (S. 44)
- Förderung der Wasserstoffforschung. (S. 44)
- Stärkung der Kreislaufwirtschaft und Verbot von Abfallexport. (S. 45)
- Ausbau von Schienen. (S. 47)
- Pluralisierung der Antriebsformen durch Förderprogramme für Null-Emissions-PKW.
- Keine Verbote und generelle Tempolimits
- (Alles: S. 47-49).

AFD

Der Schutz der Lebensrealität der Menschen steht im Mittelpunkt:

- Erhöhung des Mindestabstands bei Windkraftanlagen. (S. 175)
- Energiemix als Garantie des Wirtschaftsstandortes, inkl. Kohle, Atom. (S. 175f.)
- Bekenntnis zum motorisierten Individualverkehr. Ein Tempolimit wird abgelehnt. (S. 183f.)
- Ausbau des Schienennetzes nach Schweizer Vorbild. (S. 185)

LINKE

Fokus ist soziale Klimagerechtigkeit:

- 10 Milliarden im Jahr für sozial gerechte ökologische Modernisierung aller Gebäude bis 2035. (S. 42, 58)
- Mietaufschläge bei Modernisierungen nur in Höhe der gesparten Energiekosten, volle Förderung bei Verpflichtung zur Wohn gemeinnützigkeit. (S. 42)
- Kostenloser ÖPNV, der bedarfsgerecht finanziert werden soll (62ff.)
- Keine neuen Autobahnen. (S. 64)
- Umbau der Pendlerpauschale. (S. 64)

SPD

Grundanliegen sind eine Doppelstrategie aus Innovation und Einsparung:

- Umbau zur Kreislaufwirtschaft. (S. 10)
- Unterstützung von 365-Euro-Tickets und ticketfreiem Nahverkehr. (S. 11)
- Nationale Leitstelle Mobilität. (S. 11)
- Elektrifizierung des Schienennetzes zu 75% bis 2030. (S. 11)
- 15 Millionen Elektro-PKW bis 2030. (S. 12)
- Generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. (S. 12)

FDP

Grundlegend steht ein Bekenntnis zur Lebensrealität, die durch Innovation klimatauglich gemacht werden soll:

- Effizienz durch Digitalisierung. (S. 80)
 - Bekenntnis zur individuellen Mobilität, die durch Innovation gesichert werden soll.
 - Gegen Tempolimits und Dieserverbote.
 - Privatisierung des Bahnverkehrs soll zu mehr Wettbewerb und niedrigeren Preisen führen.
- (Alle: S. 26-27)

GRÜNE

Ein Kernziel des Programms liegt auf effizientem Wohnen und klimaneutraler Mobilität:

- Sanierungsoffensive inkl. verpflichtendem Sanierungsfahrplan bei Verkauf, dabei Drittelmodell bei den Kosten. (S. 26-28)
- Bahnoffensive: Streckenreaktivierung, 100 Milliarden Euro zusätzlich bis 2035, Verdopplung der Fahrgastzahl. Einheitliches, kostengünstiges Ticket-System. (S. 29-33)
- Verdopplung der Rad- und Fußwege; Tempo 130 auf Autobahnen, 30 in Städten; nur emissionsfreie Autos ab 2030. (S. 34-37)

KINDER UND FAMILIEN

CDU/CSU

Familien mit Kindern sollen finanziell entlastet werden. Dazu soll das Ehegattensplitting beibehalten werden.

- Voller Kinderfreibetrag als Einstieg in ein einkommensabhängiges Kindersplitting. (S. 72)
- Entlastung für Alleinerziehende. (S. 72)
- Digitale Vergabe aller Familienförderungen aus einer Hand. (S. 76)
- Erlass der Grunderwerbssteuer bis zu 250.000 Euro/Erwachsenem und 100.000 Euro/Kind beim ersten Eigentum.

AFD

Der Fokus liegt hier auf der klassischen Familie und den deutschen Bürgern:

- Kindergeld soll beibehalten, aber gegen Missbrauch geschützt werden.
- Familiensplitting und volle Absetzbarkeit kinder-bezogener Ausgaben.
- 20.000 Euro Bonus-Rente für Eltern.
- 3 Jahre Betreuungsgeld.
- Ehe-Start-Kredit mit Kinder-Abschlägen.
- 6 Semester Bonus für Eltern.
- Einführung eines Familienbeauftragten. (Alles: S. 104-106)

LINKE

Im Fokus stehen einkommensschwache Familien:

- 328 Euro pro Kind einkommensunabhängig, für arme Familien zusätzlich 302 Euro sowie Zuschläge nach Bedarf.
- Nur noch 50% Verrechnung mit Unterhaltszuschüssen, keine Anrechnung auf ALG.
- Mindestelterngeld von 400 Euro bei Erhöhung der Elternzeit auf bis zu 24 Monate.
- Besonderen Kündigungsschutz für Eltern.
- 10 weitere Kinderkrankentage pro Kind.
- Ersatz des Ehegattensplittings. (Alles: S. 28-29)

SPD

Das aktuelle Förderungssystem soll an die Realität der heutigen Zeit angepasst werden:

- Neues Kindergeld, das nach Einkommen gestaffelt ist. (S. 41)
- Das Ehegattensplitting soll durch ein offeneres System ersetzt werden.

FDP

Die FDP setzt hier auf Entbürokratisierung und Leistungs-Anreize:

- Kindergeld soll beibehalten und bei Studierenden um einen Bafög-Sockel (200 Euro) ergänzt werden. (S. 21)
- Einführung eines Kinderchancengeldes, das von Kindern direkt abgerufen wird. (S. 40)
- Entbürokratisierung des Elterngeldes und Erhöhung der Partnermonate. (S. 40)
- Höhere Freibeträge für Eltern. (S. 40)

GRÜNE

Alle Leistungen sollen zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung zusammengefasst werden. (S. 98)

- Nur noch hälftige Anrechnung des Unterhaltsvorschusses. (S. 102)
- Ausweitung des Elterngeldes auf 24 Monate bei geteilter Elternzeit. (S. 101)
- 15 Tage Kinderkrankengeld pro Elternteil und Kind. (S. 101)

TARIFPARTNERSCHAFTEN UND SOZIALE SICHERHEIT

CDU/CSU

Maximaler Spielraum für Tarifpartner. Fokus ist ein Zusammenspiel aus individueller Freiheit und gemeinschaftlicher Verantwortung. (S. 58)

- Stärkung der Betriebsräte durch ein Modernisierungsgesetz. (S. 38)
- Die Leistungen nach SGB II sollen so angepasst werden, dass sie stärkere Anreize zur Aufnahme von Lohnarbeit schaffen. Zugleich: Reduzierung der Verfahren, um Raum für individuelle Betreuung zu liefern. (S. 62)

AFD

Fokus: Ablehnung von Klassenkampfrhetorik, Fokus auf die Beitragszahler. (S. 43)

- Bekenntnis zu Mitbestimmung von Beschäftigten und Tarifverträgen. (S. 43)
- Keine Auszahlung von Sozialleistungen auf ausländische Konten.
- Beibehaltung des Mindestlohns.
- ALG I nach Dauer des Arbeitslebens.
- Günstigere Arbeitslosenversicherung.
- Umbau des ALG II zu einer aktivierenden Grundsicherung ohne Verrechnung. (Alles: S. 116-119)

LINKE

Die soziale Sicherheit ist Fokus des Programms:

- Mindestlohn von 13 Euro. (S. 80f.)
- Stärkung von Gewerkschaften (S. 21)
- Keine Anrechnung von Unterhaltsvorschüssen und Kindergeld. (S. 29)
- Erhöhung der Regelsätze zu einer Grundsicherung von 658 Euro plus Wohn- und Stromkosten sowie Einzelbedarfen.
- Abschaffung aller Sanktionen.
- Langfristig Mindesteinkommen: 1200 Euro. (Alles: S. 27)

SPD

Soziale Sicherheit und Ausbau der Arbeitnehmerrechte als Hauptanliegen. (S. 6, 57)

- Einführung eines Tarifreuegesetzes: Gezielte öffentliche Aufträge, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. (S. 19, 26)
- Gleitzone für geringere Beiträge wird auf 1600 Euro angehoben. (S. 27)
- Offeneres, längeres ALG, Abschaffung der Vermögensprüfung. (S. 33)
- Ausbau der Grundsicherung zum Bürgergeld. (S. 34)

FDP

Hauptanliegen ist ein Liberales Bürgergeld als Zusammenfassung von Sozialleistungen.

- Keine Änderungen bei Tarifverhandlungen.
- Bessere Hinzuverdienstregeln bei ALG II.
- Keine Anrechnung der Minijobs von Kindern aus ALG-Familien.
- Schonvermögen soll ausgeweitet werden.
- Entbürokratisierung. (Alles: S. 86-87)

GRÜNE

Stärkung der Tarifbindung durch fokussierte öffentliche Aufträge.

- Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro, Abschaffung aller Ausnahmen. (S. 103)
- Stärkung der Gewerkschaften. (S. 108)
- ALG nach 4 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. (S. 107)
- Ersatz von Hartz IV durch eine Garantiesicherung, kurzfristig Anhebung um 50 Euro, Attraktivere Anrechnung von Einkommen.
- Modellprojekte für ein BGE. (Alles: S. 111-112)

CDU/CSU

Fokus auf die drei Säulen der Vorsorge, über die ein Alterssicherungsbeirat wachen soll.

- Abschaffung der Doppelbesteuerung, Möglichkeit freiwilliger Beiträge. (S. 59)
- Anstieg des Rentenalters auf 67 bei Fokus auf die Gesundheit. (S. 59)
- Wohneigentum und Notlagenreserven sollen geschützt werden. (S. 60)
- Eine „betriebliche Altersvorsorge für alle“ soll entwickelt werden. (S. 60)
- Neue, unbürokratische private Vorsorge ohne Abschlusskosten. (S. 61)

AFD

Grundsätzlich Forderung nach eigenverantwortlichem Eintritt, bei folgenden Ergänzungen:

- Höherer Steuerzuschuss zur Rente. (S. 124)
- Abschaffung der Politikerpension. (S. 125)
- Reduzierung des Beamtenstatus.
- Gleichstellung der Ostrenten.
- Doppelbesteuerung abschaffen, Anhebung des Steuerfreibetrags.
- Würdigung des Wehrdienstes.
- Nichtanrechnung von 25% der Rente auf die Grundsicherung. (Alles: 124-129)

LINKE

Auch hier steht die soziale Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund, die öffentlich finanziert werden soll:

- Das Rentenniveau soll auf 53% steigen.
- Eine Erwerbstätigenversicherung soll für alle Steuerzahler gelten.
- Solidarische Mindestrente von 1200 Euro.
- Das Renteneintrittsalter soll in der Regel auf 65 Jahre, bei 40 Beitragsjahren auf 60 Jahre sinken. (Alles: S. 22-23)
- Gleiche Renten in Ost und West (S. 10).

SPD

Das gesetzliche Rentenniveau soll bei mindestens 48% fixiert werden.

- Keine Verlängerung der Mindestarbeitszeit.
- Zusammenlegung von Pensions- und Rentensystem.
- Freiwillige Vorsorge im gesetzlichen System soll ebenso ermöglicht werden wie eine betriebliche Vorsorge für jeden.
- Ersatz der Riesterrente. (Alles: S. 35)

FDP

Die FDP will Altersvorsorge nach einem Baukasten-Prinzip, das alle Vorsorgeformen kombiniert:

- Flexibler Renteneintritt ab 60 Jahren.
- Rentensplitting soll erleichtert werden.
- Gesetzliche Aktienrente.
- Abschaffung der Doppelbesteuerung.
- Altersvorsorge-Depot, das steuerlich und mit Zulagen gefördert wird und flexibel ist.
- Bessere Investitionsmöglichkeiten. (Alles: 87-89)
- Basisrente durch Freibetrag bei der Grundsicherung. (S. 90)

GRÜNE

Die Grünen fahren eine Doppelstrategie: Einerseits soll ein öffentlich verwalteter, Ethik-Fonds geschaffen werden. Andererseits soll ggf. mit mehr Steuerzuschüssen die Rente gesichert werden. (S. 115)

- Langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48%. (S. 114)
- Umwandlung der Basisrente zu einer Garantierente. (S. 114)
- Schrittweise Überführung der Pensionen in eine Bürger*innenversicherung. (S. 114)
- Grundsätzliches Festhalten an der Rente mit 67 bei flexiblen Einzelfällen. (S. 114)

VERMÖGENSTEILHABE UND BEZAHLBARER WOHNRAUM

CDU/CSU

Grundsätzlich sollen Steuerentlastungen in allen Einkommensklassen gelten.

- Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
- Erhöhung des Sparerpauschbetrags, der Arbeitnehmersparzulage und der vermögenswirksamen Leistungen. (S. 73-74)
- 1,5 Millionen Wohnungen durch Anreize und bessere Verfahren. (S. 123-124)
- Attraktive Mietkaufmodelle. (S. 126)
- Stärkung des KfW-Wohneigentumsprogramms für Familien. (S. 77)

AFD

Deutliche Entlastungen bei der Steuer:

- Abschaffung aller Substanzsteuern. (S. 33)
- Automatische Anpassung aller Freibeträge an die Inflation. (S. 36)
- Beendigung der Zinspolitik der EZB. (S. 51)
- Abschaffung der Grunderwerbssteuer und Sonderabschreibung für eigengenutzte Immobilie.
- Kaufangebote für Mieter von staatlichen Wohnungen, Bürgschaften für bis zu 10% des Objektwertes. (Alles: 166-168)

LINKE

Deutliche Umverteilung von unten nach oben:

- Einmalige Vermögensabgabe, Vermögenssteuer ab 1 Million Vermögen. (S. 86)
- Erhöhung von Erbschafts-, Unternehmens-, Transaktions- und Reichensteuer (86ff.)
- Steuerfreiheit unter 14400 Euro, Steuersatz von 53% ab 73000 Euro. (S. 88)
- Bundesmietendeckel, Umwandlungsverbot, Abschaffung von Modernisierungsumlagen (S. 41f., 153)
- Bauland wird vergemeinschaftet. (S. 43)
- Vergesellschaftungsgesetz. (S. 44)

SPD

Hauptsächlich Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, Erhöhung der Steuern für hohe Einkommen ab 250.000 Euro.

- Beibehaltung des Solidaritätszuschlags; Einführung einer Vermögenssteuer, neuer Erbschaftssteuer und Finanztransaktionssteuer. (S. 22-24)
- Jährlich 100.000 neue Sozialwohnungen.
- Mietenmoratorien in angespannten Lagen.
- Vorkaufsrecht von Boden für Kommunen
- Kaufförderung für junge Familien, insb. in Form eines „Jung kauft Alt“-Programms.

FDP

Deutliches steuerliches Entlastungsprogramm:

- Abgabenquote unter 40%, Spitzensteuer ab 90.000 Euro, Anpassung von Pauschalen.
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags und aller Lenkungssteuern.
- Erhöhung des Sparerfreibetrags und Etablierung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. (Alles: S. 10-12)
- Freibeträge in der Grunderwerbssteuer.
- Baukosten-TÜV, Abschaffung von Mietdeckeln, erhöhte Abschreibung. (S. 84f.)
- Einführung eines Wohngeldes. (S. 86)

GRÜNE

Erweiterung des bestehenden Steuersystems bei Entlastungen im unteren Bereich:

- Neue Steuerstufen bei 100.000 Euro und 250.000 Euro Einkommen, Kapitalertragssteuern nach Einkommen. (S. 91)
- Einführung einer Vermögenssteuer. (S. 92)
- Anhebung des Schonvermögens. (S. 112)
- Förderung von Mietkauf. (S. 134)
- Recht auf Wohnen im Grundgesetz (130)
- 1 Million neue Sozialwohnungen (131)
- Begrenzung von Mieterhöhungen und Eigenbedarfskündigungen. (S. 132)

CDU/CSU

Bezahlung und Arbeitsrealität in der Pflege soll durch eine bundesweite Offensive verbessert werden:

- Einführung einer Bundespflegekammer. (S. 67)
- Ausbau der Pflegekapazitäten. (S. 130)
- Schulgeldfreiheit. (S. 69)
- Fokus auf Prävention. (S. 67).
- Dynamisierung des Pflegegeldes und Zusammenfassung aller Leistungen zu einem Pflegebudget. So soll eine Freiheit des Pflegeortes und die Förderung familiärer Pflege erreicht werden. (S. 68f.)
- 500 Millionen für Robotik u.Ä. (S. 63)

AFD

Die AfD will den Pflegeotstand beenden:

- Kurzzeitpflegeplätze durch die Pflegeversicherung. (S. 137)
- Verbesserung der Lage in der Pflege durch Flächentarifverträge, Förderungen der Ausbildung und gesetzliche Personaluntergrenzen. (S. 138)
- Förderung von Mehrgenerationenfamilien und häuslicher Pflege durch Angleichung des Pflegegeldes an Pflegedienstleistungen. (S. 138f.)

LINKE

Pflege soll zur solidarischen Leistung werden:

- 100.000 neue Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bei 500 Euro mehr Grundgehalt (S. 31)
- Deprivatisierung der Krankenhäuser. (S. 32)
- Solidarische Pflegevollversicherung. (S. 33)
- Gute Arbeitsbedingungen durch einen Pflegepersonalfonds. (S. 32)
- Entlastung pflegender Angehöriger, z.B. durch sechswöchige Freistellung mit Lohnausgleich. (S. 35)

SPD

Fokus liegt auf gerechten Löhnen, insb. über allgemeinverbindliche Branchentarifverträge. (S. 18, 28)

- Vollversicherung als Bürgerversicherung die alle Pflegebedarfe abdeckt. (S. 36)
- Berücksichtigung von Pflegearbeit in der Rente. (S. 35)
- Bundeseinheitliche Personalbemessung in der Pflege. (S. 28)
- Familienpflegezeit als vierte Säule der Familienzeit – 15 Monate Anspruch auf Lohnersatz. (S. 39)

FDP

Die FDP setzt auf eine bessere Finanzierung und Informationsangebote:

- Drei-Säulen-Modell (wie Rente). (S. 40)
- Reform der Pflegeausbildung und Ermöglichung eines (dualen) Studiums. (S. 38)
- Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen. (S. 39)
- Liberales Pflegebudget, bei dem frei entschieden wird, wofür es verwendet werden soll. (S. 40)
- Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen. (S. 39)
- Niedrigschwellige Beratung für pflegende Angehörige. (S. 39)

GRÜNE

Die „doppelte Pflegegarantie“ soll schnell eine Entlastung für Familien bringen:

- Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung, die als persönliches Budget Kosten ab einem gewissen Betrag finanziert (126f.)
- Arbeitsbedingungen: 35-Stunden-Woche, Tarifpflicht, Verbesserung der Ausbildung, Professionalisierung (128)
- Pflegezeit Plus: Lohnersatz für 3 Monate Voll- und 3 Jahre Teilausstieg. (S. 127)
- Einführung Bundespflegekammer (S. 128)

GLEICHSTELLUNG UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

CDU/CSU

Die Union setzt sich für eine gleichgestellte Gesellschaft ein, die Verantwortung für kommende Generationen übernimmt:

- Einsatz für mehr Familienfreundlichkeit, Beseitigung von Lohn- und Rentenlücken. (S. 79)
- Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in MINT-Fächern. (S. 79)
- Bekenntnis zur Schuldenbremse, Senkung der Schuldenquote unter 60% sowie doppische Buchführung im Haushalt. (S. 70f.)
- Keine Änderungen bei der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs.

AFD

Die Afd will grundsätzlich zurück zu einer „Normalität“ im gesellschaftlichen Handeln:

- Ablehnung jeder Art von Quote, Gleichberechtigung statt Gleichstellung (S. 19)
- Vertrauliche Geburt und Babyklappen ausbauen. (S. 108)
- Qualitätsstandards bei der Schwangerschaftskonfliktberatung. (S. 108)

LINKE

Die Linke setzt sich für körperliche Selbstbestimmung und Gleichstellung aller Lebensweisen ein.

- Wahlverwandtschaftsrecht und liberale Eltern-Kind-Zuordnung. (S. 107)
- Anpassung der Lehrpläne. (S. 107)
- Gleicher Lohn durch Entgelttransparenzgesetz und Verbandsklagerechte. (S. 16)
- Abschaffung der Schuldenbremse. (S. 87)
- Legaler Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, Abschaffung von 218-219b StGB, künstliche Befruchtung als Kassenleistung. (S. 106)

SPD

Die SPD setzt sich flächendeckend für Geschlechterparität und Selbstbestimmung ein:

- Paritätsgesetz im Bundestag. (S. 42)
- Lohnparitätsgesetz. (S. 42)
- Quoten für Unternehmen sollen ausgeweitet werden. (S. 42)
- MINT-Förderung für Frauen. (S. 42)
- Abschaffung von §218ff. und 219a bzgl. der Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen. (S. 42)

FDP

Die FDP will Gleichstellung v.a. über Selbstverpflichtungen und familienbedingte Auszeiten erreichen (Diversity Management statt Gleichstellung):

- Veröffentlichung von Pay-Gaps. (S. 33)
- Liberalisierung beim Adoptionsrecht und der Fortpflanzungsmedizin. Abschaffung von 219a StGB. (S. 41-43)
- Generationenbilanz für alle Gesetze, Bekenntnis zur Schuldenbremse. (10)
- Generationengerechtigkeit in der Rentenanpassung und Sozialversicherung. (S. 89)
- Abschaffung von Altersgrenzen. (S. 90)

GRÜNE

Gleichstellung ist ein Kernanliegen der Partei:

- Bundesstiftung Gleichstellung. (S. 188)
- 50% Frauen in UN-Verhandlungen. (S. 225f.)
- LSBTIQ*-inklusive Gesellschaftspolitik, Aufhebung Transsexuellengesetz (S. 192f.)
- Lohngleichheit und Steuerreform beim Ehegattensplitting. (S. 109)
- Gestaltung des Haushaltes nach den Grundsätzen doppelter Buchführung. (S. 90)
- Abschaffung von §218/219 und 219a StGB. (S. 191)
- Verhütung öffentlich finanzieren. (S. 192)



QUELLENANGABEN

Folgende Programme wurden für diese Übersicht verwendet:

Christlich-Demokratische Union Deutschlands/ Christlich-Soziale Union: Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Das Zukunftsprogramm der SPD

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

Alternative für Deutschland: Deutschland. Aber normal.

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf

Freie Demokraten: Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

Die LINKE: Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: Deutschland. Alles ist drin.

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

Bildquelle: <https://pixabay.com/de/photos/bundestag-reichstag-berlin-2463231/>

Die Parteien sind in Reihenfolge ihrer Zweitstimmenergebnisse bei der Bundestagswahl 2017 von links nach rechts und von oben nach unten aufgeführt. Bei den einzelnen Politikfeldern wurden z.T. exemplarische Forderungen gewählt, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

Zusammengestellt von Lukas Hille, Spezialvikar


